

Die Drei-Drittel-Gesellschaft

Neue politische Milieus

Vortrag: Gero Neugebauer

Impulsgespräch: Imma Palme und
Josef Kalina

Moderation: Michael Rosecker

Diskursbericht: Mario Steyer

Donnerstag, 28. Februar 2008

Renner-Institut – Bruno-Kreisky-Saal

Die Drei-Drittel-Gesellschaft:

>>> *Gibt es eine neue soziale Frage?*

Mit den Ergebnissen seiner Studie hatte Gero Neugebauer im Jahr 2006 eine Diskussion losgetreten, welche man in Deutschland schon lange überwunden glaubte. Der zentrale Punkt dieser Diskussion lässt sich am besten mit der Frage „Gibt es eine Unterschicht?“ festmachen. Nach einer scheinbar jahrelangen Verweigerung der Kenntnisnahme realer sozialer Verhältnisse in Deutschland wurde durch diese Studie bestätigt, dass es sehr wohl eine „Unterschicht“ (Studie: „Abgehängtes Prekariat“) gibt und diese eine nicht zu vernachlässigende Größe innerhalb der Gesellschaft darstellt.

Einhergehend mit der Frage nach der Lösung einer potenziell neu auftretenden sozialen Frage bleibt somit natürlich auch die Untersuchung, welchem politischen Milieu diese Gesellschaftsschicht zuzuordnen ist.



>>> *Vortrag Gero Neugebauer*

Neue politische Milieus

Die Herangehensweise in Form eines Drei-Drittel-Konzepts versteht sich als Antwort auf ein Zwei-Drittel-Konzept, welches suggeriert, dass zwei Drittel der Gesellschaft vom wachsenden Wohlstand profitieren, während ein Drittel immer weiter abgehängt wird.

Mit der Gliederung in drei Drittel – welche, wie in weiterer Folge gezeigt wird, sich nicht auf eine arithmetische Drittelung bezieht – soll erläutert werden, dass sich das Phänomen von Exklusion nicht nur auf das untere Drittel der Gesellschaft beziehen muss. Vielmehr soll anhand verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bzw. Milieus eine Veranschaulichung der aktuellen sozialen und politischen Verhältnisse geschaffen werden.

Das Unterschicht-Problem könnte leicht negiert werden, dies ist aber nicht mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen vereinbar. Neugebauer will dezidiert darauf hinweisen, dass man wieder über den Tabubegriff Unterschicht sprechen muss, auch wenn man dieser Bezugsgruppe eine neue Begrifflichkeit verleiht.

So ergibt sich bei der Befragung der deutschen WählerInnenschaft ein segmentiertes Bild wenn man anhand von 3 Wert-Konfliktdimensionen vorgeht.

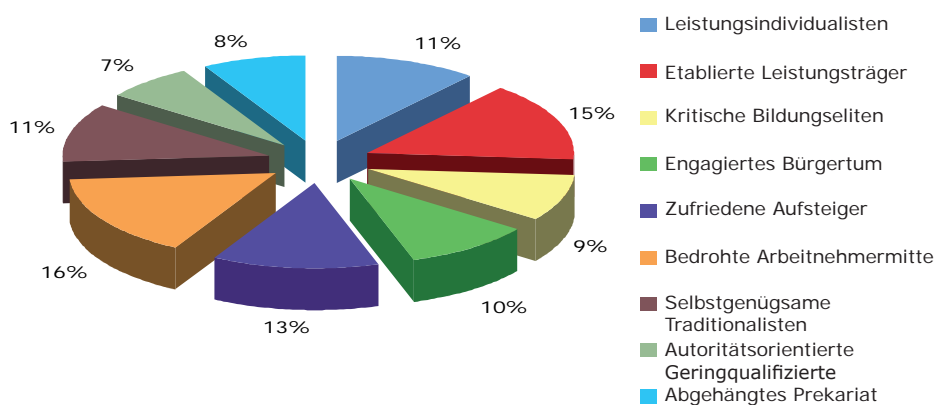
- Die politische Ebene unterscheidet zwischen den Polen „libertär“ und „autoritär“. Die Differenzierung hierbei bezieht sich somit u.a. auf Fragen der Gleichstellung der Geschlechter, der Demokratisierung des öffentlichen Lebens und der Rolle des Staates.

- Die ökonomische Ebene erläutert die Einordnung der Befragten zwischen den Extremen „Soziale Gerechtigkeit“ und „Marktfreiheit“. Hier werden neoliberale und staats-interventionistische Einstellungen miteinander kontrastiert.

- Schließlich wurde als dritte Konfliktebene die Religiosität untersucht. Die Pole „Religiosität“ und „Säkularität“ haben nicht nur die primäre Einteilung zwischen „gläubig“ und „nicht-gläubig“ zufolge, vielmehr zeigt sich, dass viele Menschen eine neue Orientierung durch ein Rückbesinnen auf Gott erfahren bzw. die Furcht

vor anderen Religionen (wie z.B. dem Islam) verstärkt zu den eigenen religiösen Wurzeln führt.

Aus den Ergebnissen dieser Wertkonflikte lässt sich folgende Einteilung festmachen, welche sich in drei Obergruppen (drei Drittel) einteilen lässt. So gehören die „Leistungsindividualisten“, die „Etablierten Leistungsträger“, die „Kritischen Bildungseliten“ und das „Engagierte Bürgertum“ dem „Oberen Drittel“ an. Zum „Mittleren Drittel“ zählen die „Zufriedenen Aufsteiger“ und die „Bedrohte Arbeitnehmermitte.“ Schließlich konstituiert sich das „Untere Drittel“ durch die Milieus der „Selbstgenügsamen Traditionalisten“, der „Autoritätsorientierten Geringqualifizierten“ und dem „Abgehängten Prekariat“.



Neben dieser gesamtdeutschen Einteilung zeigen sich weiters massive Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, was natürlich Fragen des Solidarpakts neuerlich aufwirft.

Es zeigt sich, dass in Ostdeutschland nach wie vor das untere Drittel die größte Gesellschaftsgruppe darstellt, wobei sich die Friedrich-Ebert-Stiftung rechtfertigen musste, keine Diffamierungskampagne gegen die Ostdeutschen zu initiieren. Trotz großer Industrie- und Technologiecluster gibt es in Ostdeutschland somit noch immer einen großen Teil der Bevölkerung, welcher sich im unteren Drittel der Gesellschaft wiederfindet. Dies resultiert neben dem rein materiellen Auskommen auch in der Werthaltung der Befragten.

Oberes Drittel	Leistungsindividualisten	47%:36%
	Etablierte Leistungsträger	
	Kritische Bildungseliten	
	Engagierte Bürgertum	
Mittleres Drittel	Zufriedene Aufsteiger	29%:26%
	Bedrohte Arbeitnehmermitte	
Unteres Drittel	Selbstgenügsame Traditionalisten	23%:40%
	Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	
	Abgehängtes Prekariat	

Betrachtet man diese Einteilung en détail, so kann man Rückschlüsse daraus ziehen, welche Vorstellungen von Staat und Markt, welches Bild von AusländerInnen und welche Arbeitschancen die jeweiligen Gruppen haben; man kann aber auch den Grad der politischen Organisation sowie eine Zielgruppenanalyse für politische Parteien beschreiben.

Werte, Wertkonflikte und Reformpolitik

Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen haben unterschiedliche Wertvorstellungen, welche sich anhand der oben genannten Dimensionen verfolgen lassen. Dabei zeigen sich bedeutende Erkenntnisse für eine Zielgruppenpolitik, aber auch Probleme in Bezug auf Reformen und die Ausgestaltung konkreter politischer Forderungen.

Gero Neugebauer ging hierbei auf folgende Aspekte ein:

- Die Erwartungen an den Staat sind je nach Milieu sehr differenziert zu betrachten. Generell muss gesagt werden, dass alle Gruppen Erwartungen an den Staat stellen. Diese reichen von „der Staat soll eine umfassende soziale Absicherung der Bürger garantieren“ bis hin zu „der Staat soll der Wirtschaft Vorgaben machen“. Hierbei zeigt sich, dass die „Leistungsindividualisten“ und die „Etablierten Leistungsträger“ nach keiner sozialen Absicherung durch den Staat verlangen (nur 26 bzw. 19% befinden sich auf einer 7-teiligen Skala zwischen den Werten 1 und 3, wobei 1 = Der Staat soll eine umfassende soziale Absicherung der Bürger garantieren und 7 = Der Staat soll die soziale Absicherung der Eigenverantwortung der Bürger überlassen), während sich bei den „Autoritätsabhängigen Geringqualifizierten“ und dem „Abgehängten Prekariat“ 93 und 94% (!) für eine Absicherung durch den Staat aussprechen.

- Andererseits kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich diese Extreme der Gesellschaftsordnung stets

Tabelle links: Es handelt sich bei den Prozentsätzen stets um den west- bzw. ostdeutschen (rot) Milieuan teil an der Gesamtbevölkerung. (Zahlen gerundet!)

widersprechen. Bei der Befragung zum Autoritarismus und Libertarismus gibt es auch durchwegs übereinstimmende Positionen. Beim Thema „Zuzug von Ausländern“ zeigt sich, dass sowohl das „Obere Drittel“ als auch das „Untere Drittel“ sich dafür ausspricht, den Staat den Zuzug von AusländerInnen unterbinden zu lassen, sprich dem Staat eine sehr aktive Rolle zuweisen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass beide Gruppen den Zuzug von AusländerInnen mit einer gewissen Furcht verbinden. Die „Leistungsindividualisten“ und die „Etqblierten Leistungsträger“ fürchten durch einen starken Zuzug einen zu starken Wettbewerb, welcher ihre gefestigte Position angreifen könnte. Gerade dies erscheint im Zuge einer zunehmend neoliberalen Wirtschaftsordnung bemerkenswert. Am „unteren“ Ende besteht die Furcht, AusländerInnen würden um ohnehin schon spärlich vorhandene Arbeitsplätze eine zu große Konkurrenz darstellen, quasi den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen.

Einhergehend mit den unterschiedlichen Werten und Lebenslagen gibt es auch mehrere Wege, Information über die Medien zu konsumieren. Beeinflusst durch spezifische Konsumformen von Information könnte man schließlich auch die politische Organisiertheit einteilen.

Während Bildungseliten das Fernsehen so gut wie gar nicht nutzen, stellt dieses für das untere Drittel den zentralen Bezugspunkt in puncto medialen Konsums dar. Mitunter hieraus ergibt sich ein unterdurchschnittliches Interesse an Politik im eigentlichen Sinn, da Politik nur als Pausenfüller konsumiert wird bzw. privatrechtliche Fernsehveranstaltungen verstärkt auf Fernsehserien oder Filme setzen. Dies hat aber nichts mit der politischen Organisiertheit der jeweiligen Milieus zu tun, denn das „Abgehängte Prekariat“ weist einen hohen Grad politischer Beteiligung im Sinne von Gewerkschaftsbeitritten oder bei Interessenvertretungen auf. Die Bereitschaft zur aktiven Partizipation bleibt jedoch gering. Hier dürfte das Bedürfnis nach Schutz durch politische Organisationen jenes nach politischer Partizipation bei weitem überwiegen.

	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	LP/ PDS	REX	NW
Oberes Drittel	46	45	57	74	36	23	36
Mittleres Drittel	32	30	23	17	31	19	28
Unteres Drittel	23	24	20	10	33	57	35

Durch einen geänderten sozioökonomischen Rahmen haben sich auch die Parteizugehörigkeiten verändert. Dies zeigt sich in Deutschland mit einem Erstarren der Linkspartei, welche bewusst Zielgruppenpolitik betreibt.

Während SPD und CDU/CSU sehr ähnliche (und ausgewogen verteilte) Wählerschichten aufweisen, sprechen die anderen Parteien gezielt einzelne Milieus an. Die FDP und die Grünen sprechen vorwiegend das obere Drittel an, während die Linkspartei, aber insbesondere die Rechtsextremen das „Untere Drittel“ ansprechen. Hierbei wurde angemerkt, dass es insbesondere für die SPD schwierig sein wird, das mittlere und untere Drittel für sich „zurück“-zugewinnen, zumeist dreht es sich hierbei um ältere Kohorten.

Diese Zahlen und Erscheinungen weisen schließlich darauf hin, dass sich die Werte der Zielgruppen auch ändern können und sich somit auch ein bestimmtes Wahlverhalten nicht immer gleich definieren lässt. Sollte man also eine wertorientierte Politik forcieren?



Betrachtet man den Wert „Soziale Gerechtigkeit“ so wird dieser von den Menschen der Milieus sehr unterschiedlich verstanden und interpretiert. Was für die einen Umverteilung bedeutet, heißt für die anderen legitime Anerkennung von Leistung. Ähnlich gestaltet sich die Meinung zur Solidarität. Solidarität kann „geben“, aber auch „empfangen“ bedeuten, je nach der sozialen Position in der Gesellschaft.

Hier treffen sich mehrere Aspekte, nämlich eine generelle Orientierungsschwäche weiter Teile der Bevölkerung (welche zu Unsicherheit

Tabelle links: ParteianhängerInnen nach dem Konzept der „Drei-Drittel-Gesellschaft“.

führt), gestärkt durch zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse; das Verhältnis der Gruppen zueinander und schließlich die Notwendigkeit bzw. die Möglichkeit, Reformen durchzusetzen. Durch zunehmende Unsicherheit am Arbeitsmarkt, sprich Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen mit Phänomenen wie der Scheinselbständigkeit und Jobhopping, ist der Weg ins „Abgehängte Prekariat“ mitunter schon vorgezeichnet. Dies trifft AkademikerInnen genauso wie Geringqualifizierte, was zu starken Erwartungen an den Staat führt. Man hat das Gefühl, es gibt keine Mitte mehr, sondern nur ein „Oben“ und „Unten“, wodurch der Wahrheitsgehalt von Sätzen wie „Reformpolitik hat nur Gewinner“ verschwindet. Als letzten sozialen Anker hält man das Bedürfnis hoch, sich nach unten abzugrenzen, frei nach dem Motto „irgendwer muss doch noch unter einem selbst stehen“. Wenn es nicht die sogenannten „Asozialen“ sind, sind es zumeist AusländerInnen, welche als Sündenbock für eigenes Scheitern und/oder gescheiterte Reformpolitik herhalten müssen. Gero Neugebauer weist darauf hin, dass dieser Faktor nicht zu vernachlässigen ist.

Was muss eine (soziale) Reform also mit sich bringen?

Sie muss nicht nur real einen Mehrwert schaffen, sondern auch in den Köpfen der Bevölkerung ankommen. Wenn in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung davon ausgeht, dass der wirtschaftliche Aufschwung an ihr vorbeigeht, wird Reform mit Angst und dem bitteren Beigeschmack, wieder „draufzahlen“ zu müssen, assoziiert.

Sozialdemokratische Reformpolitik soll somit Armut reduzieren und Armutsrisiken verhindern, primär durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu vertretbaren Lohnbedingungen. Als Beispiel führt Neugebauer die privaten Zustelldienste an, wo ein Bote ca. 800 € Lohn bekommt und von der Arbeitsagentur mit einer Lohnstütze auf 1.660 € gebracht werden muss, damit er seine Frau und Kinder ernähren kann. Das Phänomen der „working poor“, d.h. Vollzeitarbeitsplatz und trotzdem zu wenig Lohn, um zu überleben, greift auch im globalisierten Deutschland um sich und kann nur aktiv bekämpft werden. Reformpolitik sollte soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für das untere Gesellschaftsdrittel gewährleisten und sich nicht scheuen, überzogene Ansprüche des gehobenen

Schichtsegments abzuwehren. Reformen sollen vor sozialem Abstieg durch Armut schützen. Der Kern von Verunsicherung und Verängstigung besteht in der Furcht vor und im Erleben von Armut. Wachsende Armut droht die Gesellschaft weiter zu spalten und bedroht die Fähigkeit und den Willen, Solidarität und sozialen Frieden zu üben und zu erhalten. Die Politik muss den notwendigen Wandel gestalten und im Wandel die benötigte Sicherheit gewähren.

>>> *Diskurs*

Im Anschluss wurde Gero Neugebauers Vortrag von Imma Palme und Josef Kalina im Kontext österreichischer Verhältnisse kommentiert und bewertet. Schließlich wurden in mehreren Publikumsrunden die Fragen der „Drei-Drittel-Gesellschaft“ intensiv debattiert.

>>> *Personen*

Gero Neugebauer, Politikwissenschaftler, Soziologe, Otto-Stammer-Zentrum, FU Berlin

Imma Palme, Geschäftsführerin des Instituts für empirische Sozialforschung – IFES

Josef Kalina, Bundesgeschäftsführer der SPÖ

Michael Rosecker, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Renner-Instituts

Mario Steyer, Wirtschaftswissenschaftler an der WU Wien

>>> *Literatur und Links*

Neugebauer, Gero: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. J.H.W. Dietz, Bonn 2007 – ISBN 978-3-8012-0377-1

Institut für empirische Sozialforschung (IFES): www.ifes.at

Friedrich-Ebert-Stiftung: www.fes.de

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (FU Berlin): www.polwiss.fu-berlin.de/

TNS Infratest: www.tns-infratest.com

Renner-Institut: www.renner-institut.at

Impressum: **Renner-Institut**, Khleslplatz 12, 1120 Wien **Konzeption**: Michael Rosecker **Verfasser**: Mario Steyer **Redaktion**: Michael Rosecker und Mario Steyer **Layout**: Michael Rosecker **Lektorat**: Angelika Zach **Fotos**: Gisela Ortner
mailto: eichinger@renner-institut.at / www.renner-institut.at